

# Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs.  
Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, Alte Hauptgasse 12, 1070  
Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck:  
Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rindlbergasse 12, 1040 Wien, Ver-  
lagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabon-  
nement 75,-. Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb,  
Hauptgasse 12, 1070 Wien, Tel. 0222/93 83 37, Redaktion: Rindlbergasse  
12, 1040 Wien, Tel. 0222/57 17 23, Journaldienst: Mo-Pr von 18-19.30

P.h.h. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-  
Nr. 13/2. Jahrgang 23. Juni 1977

## Regierung ignoriert Forderungen der Atomkraftwerksgegner - der Kampf wird schärfer

Am 12. Juni haben fast 6000 Menschen in Zwentendorf gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes und gegen die Atom-  
müllagerung im Waldviertel oder anders-  
wo in Österreich demonstriert. Diese 6000  
haben die Wünsche hunderttausender  
Werkkämpfer in ganz Österreich zum Aus-  
druck gebracht. An dieser Bewegung  
kommt die Regierung nicht mehr ohne wei-  
teres vorbei. Da treibt der Bundeskanzler  
sein Doppelspiel auf die Spitze: „Wenn  
man nur nach seinem Herzen handeln  
könnte, würde man liebend gern nachge-  
hen“ (Die Presse, 14.6.77). Derselbe  
Herzschmerzschrei Kreisky steht nämlich an  
der Spitze einer Regierung, die nach jeder  
Klausur offener sagt, was längst beschlos-  
sen ist und nun krampfhaft durchzusetzen  
versucht wird: die Inbetriebnahme des  
ersten Atomkraftwerkes in Österreich.

Das Kreisky'sche Doppelspiel hat sicht-  
lich System: Bei den paar ausgewählten  
Ortsfesten, die in Kärnten nun aufgestellt  
werden sollen und ein Hohn auf die Erfül-  
lung der Rechte der Minderheiten in Öster-

reichen Klasse. Die Durchsetzung des  
Atomprogramms ist nur eines der Lehrbei-  
spiele dafür.

Mit der Herausgabe des ersten Starba-  
cher-Berichts soll jetzt der Boden bereitet  
werden für einen Probetrieb im Zwen-  
tendorfer Werk womöglich schon im Juli  
sowie für die Abstimmung darüber im Par-  
lament im Herbst. Alle Maßnahmen zur  
Inbetriebnahme erfolgen, ohne daß für den  
anfallenden Atommüll eine Lagerstätte  
feststeht.

Die Regierung selbst als ausführendes  
Organ der Interessen des Finanzkapitals ist  
es somit, die durch die faktische Ignorie-  
rung der Forderungen der Initiative Öster-  
reichischer Atomkraftwerksgegner (IOAG) die Auseinandersetzung um das  
österreichische Atomprogramm ver-  
schärft.

Das wird sich nicht erst im Herbst zei-  
gen, wenn die Atomkraftwerksgegner den  
nächsten konzentrierten Stoß gegen die  
Regierungspolitik führen. Die Verhärtung

einzelne dieser Kämpfe stellt das imperiali-  
stische Atomprogramm, das nun in Öster-  
reich auf dem Sprung in seine profitbrin-  
gende Phase für die  
Elektrizitätsgesellschaften ist, viel unmit-  
telbarer in Frage, als etwa die Umfunktio-  
nierung von Regierungsveranstaltungen  
im Frühjahr.

### Das angebliche Volksfest in Zwen- tendorf: Größte Massendemonstra- tion seit Jahren

Die Massenbewegung gegen Atomkraft-  
werke, die hauptsächlich gestützt auf de-  
mokratische Komitees seit letztem Herbst  
kontinuierlich auf ein Mehrfaches der ur-  
sprünglichen aktiven Kämpfer angewach-  
sen ist, hat mit dem Protestmarsch Tulln-  
Zwentendorf im Juni 1977 eine der größ-  
ten, geschlossensten und eindrucksvollsten  
Demonstrationen in Österreich in den letz-  
ten Jahren durchgeführt. Das ist eine her-  
vorragende Rückenstärkung für die bevor-  
Fortsetzung auf Seite 4

### Aus dem Inhalt:

Belgrader Konferenz: Betrug der Super-  
mächte an den Völkern ..... 2  
KPÖ und AKW-Bewegung: Von außen  
hetzen, von innen zersetzen ..... 5  
Gewerkschaftstag der Metall- und Berg-  
arbeiter ..... 9  
Wahlen in Spanien ..... 12  
Große Erfolge beim Aufbau Kampu-  
cheas ..... 14  
Angola ..... 15

### Gegen die chauvinistische Amtssprachen- und Ortsta- felregelung!

Seite 3

### Kampf gegen die Wehrge- setznovelle

Seite 10



reich sind, wäre Kreisky persönlich „für eine  
liberalere Lösung“ gewesen - herausge-  
kommen ist unter seiner Federführung die  
geltende Regelung. Mit der Wehrsetzno-  
velle samt Zwangsverpflichtungen hat der  
Kanzler nach eigenen Worten gar nicht viel  
zu tun, sondern sich nur „dem Wunsch der  
Militärs gebeugt“ - bloß, daß dieses Gesetz  
in den nächsten Tagen mit den Stimmen  
der Regierungs- und der anderen Parteien  
beschlossen werden wird. Man sieht heute  
deutlicher, als noch zu Beginn der siebziger  
Jahre: Das Geschäft des Bundeskanzlers  
und der sozialdemokratischen Regierungspartei  
im Verein mit den anderen Parteien  
ist Irreführung und Betrug des Volkes. Nie-  
derhaltung der Arbeiterbewegung, Abhal-  
ten der Massen vom selbständigen Kampf  
und Ausführung der Interessen der herr-

der Fronten und Verschärfung des Kampfs  
ist schon heute eine Tatsache. Der  
Koordinationsausschuß der IOAG hat im  
Namen aller Teilnehmer des Protestmar-  
sches am 12. Juni den Appell ausgegeben:  
„Unterstützen wir die Bevölkerung des  
Waldviertels, die sich entschieden gegen  
das geplante Atommülllager wehrt.“

Sorgen wir dafür, daß die Brennelemente  
für den Probetrieb nicht heimlich nach  
Zwentendorf gebracht werden können. Be-  
stehen wir darauf, daß die verantwortli-  
chen Politiker noch vor der Parlaments-  
debatte der Bevölkerung Rede und  
Antwort stehen müssen.“

Jede einzelne dieser Kampfaufgaben for-  
dert heute schon höhere Entschlossenheit  
und Einigkeit als eine Protestaktion noch  
vor ein paar Wochen und Monaten. Jeder

### Gehaltsabschluß im öffentlichen Dienst

## Der Erfolg der Regierung wird nicht von Dauer sein

Beim Verhandlungstermin am 20.6. wurde von seiten der Führungen der vier Gewerk-  
schaften des Öffentlichen Dienstes (Bundesbeamte, Eisenbahner, Postler, Gemeindebe-  
dienste) das provokante Angebot, das die Regierung am 31.5. vorgelegt hatte, akzep-  
tiert. Das Angebot vom 31.5. war ein derart harter und kompromißloser Vorstoß der Re-  
gierungsvertreter gegen die Forderungen der Gewerkschaften (9,75 %, mindestens 600,-)  
gewesen, daß nicht einmal diese Gewerkschaftsführer, die - von Pöder bis Sommer -  
überall und jederzeit die Interessen des bürgerlichen Staates an die erste Stelle zu setzen  
bereit sind, es gewagt hatten, diese Provokation (7,9 %, mindestens 500,- Zustimmung zu  
einer Erhöhung des Pensionsbeitrages) anzunehmen. Insbesondere gegen das unzumut-  
bare Verlangen, als Vorbedingung für höhere Gehälter einer Beitragserhöhung zuzu-  
stimmen, hatten sie sogar ausdrücklichen Protest erheben müssen.

Der jetzt erfolgte Abschluß unterscheidet sich um 0,1 % (!) vom damaligen Angebot der  
Regierung, allerdings wurde dafür gleich einer 2 %igen (am 31.5. war nur 1 % im Ge-  
spräch) Erhöhung des Pensionsbeitrages - aufgeteilt auf 4 Jahre - zugestimmt. Auf den  
ersten Blick also ein bedingungsloses Einsinken der Gewerkschaftsführung auf die  
Regierungspläne und deren hartes Vorgehen, das sie bei der Klausur in Herrnstein noch  
einmal bekräftigt hatte.

### Mindestbetrag und Pensionsbeiträge

Diese beiden Verhandlungsergebnisse  
sind von weit über den Öffentlichen Dienst  
hinausgehender Bedeutung.

Die „Kompromißbereitschaft“ der Re-  
gierung beim Mindestbetrag (statt 500,-  
jetzt 550,-) widerspricht ihrem sonstigen  
Vorgehen. Sie ist nur zu verstehen, wenn  
man sich das katastrophale Gehaltsniveau  
der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst  
vor Augen hält: Fast 60 % z. B. der Bundes-  
beamten verdienen unter 7.500,- über 12 %  
davon sogar unter 5.000,- brutto. Für den  
größten Teil von ihnen tritt der Mindestbe-  
trag in Kraft, ohne Mindestbetrag würde  
für sie die Gehaltserhöhung um 8 % (bei Be-  
rücksichtigung der steigenden Abzüge) fast  
nur mehr als Farce bezeichnet werden kön-  
nen. Daß das zu einem Ausbruch des so-  
wieso schon massiv vorhandenen Unmuts  
über die miese Gehaltssituation und das  
Vorgehen der Regierung führt, hat die Re-  
gierung veranlaßt, hier „nachzugeben“.

Obwohl es bei allen anderen Lohnverhand-  
lungen seit dem Herbst erklärtes Ziel der  
Dienstgeberseite war, jede Forderung, die  
nur irgendeinen Ansatz zur Herstellung  
der Einheit und zum Schutz der am  
schlechtesten bezahlten Beschäftigtengruppe  
bot, mit allen Mitteln vom Tisch zu bringen  
(Sockelbetrag bei den Handelsangestell-  
ten, Mindestforderung bei den Industrie-  
angestellten).

In negativer Hinsicht von Bedeutung ist  
die Zustimmung der Gewerkschaftsfüh-  
rung zur Erhöhung der Pensionsbeiträge  
bei den Gehaltsverhandlungen. Auch in  
dieser Richtung gibt es seit Jahren Vor-  
stöße von Kapitalistenvertretern, wie z. B.  
bei den Verhandlungen 1975/76, als den  
Industriearbeitern die Zustimmung zu  
arbeitsrechtlichen Verschlechterungen  
aufgezwungen werden sollte. Dieses in den  
letzten Jahren beispiellose Vorgehen ver-  
dient die klare Verurteilung quer durch alle  
Gewerkschaften.

Fortsetzung auf Seite 7



## Gegen die chauvinistische Amtssprachen- und Ortstafelregelung!

### Vorwärts im Kampf für die Rechte der Minderheiten!

In den letzten Tagen haben führende Regierungs- und Parteivertreter erklärt, daß die neuen Verordnungen endlich die noch offenen Fragen des Staatsvertrages lösen würden und daß jetzt wieder Ruhe und Eintracht in Kärnten einziehen könne. Kanzler Kreisky ließ zwar durchblicken, daß er für eine „größzügigere“ Lösung gewesen wäre, daß aber auch das „Erreichte“ für die Slowenen akzeptabel sei. Der Kärntner Landeshauptmann Wagner läßt kaum eine Gelegenheit verstreichen, um an die „Kärntner Bevölkerung zu appellieren“, Verständnis für die neue Regelung aufzubringen und sich dem Staate zu fügen.

Die „väterlichen“ Mahnungen an den Kärntner Heimatdienst – „Wir werden die Ortstafeln immer wieder aufstellen“ – bringen die Absicht der Regierung und der drei Parteien zum Ausdruck, die Verordnungen wirklich durchzuführen. Deshalb verbindet Wagner die Appelle an die Deutschnationalen mit Drohungen gegen die Kärntner Slowenen: Jeder im Lande habe mit der Regelung zufrieden zu sein, wer dies nicht ist, sei ein Unruhestifter und sei entsprechend zu behandeln.

Haben nun die Kärntner Slowenen, die seit Jahren und Jahrzehnten um ihre Gleichberechtigung kämpfen, Ursache zu Frieden zu sein?

Die neuen Verordnungen erkennen kein zweisprachiges Territorium an, höchstens einige zweisprachige Gebiete am Rande der Karawanken. Selbst die zentralen Orte in mehrheitlich slowenisch besiedelten Gebieten sind von der Ortstafelregelung ausgenommen! Für mehr als die Hälfte der Kärntner Slowenen macht die neue Amtssprachenregelung den Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen Leben unmöglich!

Die neuen Verordnungen festigen noch die Herabwürdigung des Slowenischen im öffentlichen Leben zu einer Hilfssprache. Sie verankern ausdrücklich das Dolmetschprinzip!

Die neuen Verordnungen setzen voll und ganz die chauvinistische Tradition fort, die Existenz einer slowenischen Hochsprache zu leugnen und den Kärntner Slowenen Deutsch als einzige kultivierte Sprache aufzuzwingen.

Die Kärntner Slowenen haben also nicht bloß alle Ursache, mit den neuen Regelungen unzufrieden zu sein, sondern auch alle Ursache, den Kampf gegen die neuerliche Diskriminierung ihrer Sprache und Kultur den Kampf fortzusetzen. Die Kärntner Slowenen haben sich in den letzten Wochen noch enger zusammengeschlossen, haben sich durch die Prozesse und Anklagen nicht einschüchtern und spalten lassen und sie werden die Aufstellung der Ortstafeln und die Durchführung der reaktionären Amtssprachenregelung nicht widerstandstos hinnehmen. Die Einheit der Kärntner Slowenen hat der Regierung in den letzten Tagen einen neuen Schlag versetzt: So weigerte sich der Präsident des Achomitzer Skiklubs, der bisher dazu unter Umständen bereit gewesen wäre, in den Beirat zu gehen, da dies die Slowenenorganisationen auch nicht täten.

Wie die Kärntner Slowenen allen Grund haben, die neuen Verordnungen zu bekämpfen, so auch die klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich.

Die Maßnahmen der Regierung festigen den Zustand der Vorenthaltung wichtiger politischer Rechte für die Minderheiten – Rechte, die diese brauchen, um voll am Klassenkampf teilnehmen zu können, woran die österreichische Arbeiterklasse aber alles Interesse hat.

Die neuen Verordnungen sind Produkte des Chauvinismus der österreichischen

imperialistischen Bourgeoisie, ihrer Verachtung des Slawischen und der Slowenen selbst. Die neuen Verordnungen schaffen selbst neue Ansatzpunkte für den Chauvinismus und die deutschnationalen Hetze. Sie tragen die Spaltung der österreichischen Arbeiterklasse durch den Chauvinismus in sich, der diese nur durch das entschiedenste Eintreten für die volle Gleichstellung der Kärntner Slowenen und ihrer Sprache beugen kann.

Somit haben also auch die klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich alles Interesse daran, daß die Pläne der Regierung, die Verordnungen ruhig über die Bühne zu bringen, nicht aufgehen.

### Der Kampf gegen die Durchführung der Verordnungen beginnt!

Die beiden Organisationen der Kärntner Slowenen haben nicht nur klar ihre Ablehnung der beiden Verordnungen erklärt, sondern auch bereits entschiedene Kampf-schritte und Protestaktionen gegen die diskriminierenden Neuregelungen angekündigt.

Bereits jetzt ist bekannt, daß das Klagenfurter Personenkomitee den Vorschlag gemacht hat, in ganz Klagenfurt eine Unterschriftenaktion an den Bürgermeister für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln einzuleiten, weiters im ganzen Land eine Plakataktion um den 1. Juli gegen das Inkrafttreten der Verordnungen durchzuführen. In Wien wird am 1. Juli in der Fußgängerzone in Favoriten eine Protestkundgebung stattfinden, bei der alle fortschrittlichen Menschen ihren Protest gegen das Inkrafttreten der Verordnungen zum Ausdruck bringen sollen. Auf der Protestkundgebung wird auch ein slowenischer Chor auftreten.

So konzentrieren sich alle bürgerlichen Kräfte mit der SP-Regierung an der Spitze darauf, die Verordnungen über die Bühne zu bringen und einen aktiven Widerstand gegen sie zu verhindern. Die KPÖ-Revisionisten leisten ihnen dabei auf ihre Weise Schützenhilfe, wenn sie die Regierung zur Durchführung der Verordnungen gegen den Kärntner Heimatdienst auffordern.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, aktiven Widerstand gegen ihr Inkrafttreten und ihre Durchführung zu entfalten. Wenn es der Regierung mit den Verordnungen wieder nicht gelingt, die Widersprüche zu dämpfen, d.h., wenn es offensichtlich wird, daß die Kärntner Slowenen und breite Teile der fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich in den nächsten Wochen und Monaten noch breiter und entschlossener ihren Protest gegen Diskriminierung und Chauvinismus zum Ausdruck bringen, dann erleidet die Regierung nach dem Scheitern der Minderheitenfeststellung einen weiteren ersten Rückschlag und die Bewegung kann Kräfte sammeln, um sich auf die Durchsetzung der notwendigen politischen Rechte für die Minderheiten vorzubereiten.

F.

### Kärntner ÖVP Landesrat für neue Kaserne im „Grenzland“

Der Kärntner ÖAAB-Obmann Knafl erklärte jüngst in einer Grundsatzrede zum Minderheitenproblem, daß Südkärnten immer mehr slowenisch verfremdet werde – unter aktiver Beihilfe des Auslandes –, dies mache das entschiedene Eingreifen des Bundes nötig. Aus „sicherheitspolitischen“ Gründen müsse eine neue Kaserne im Grenzland neben der Bleiberg-Kaserne errichtet werden.

Der ÖVP-Mann stellte in seiner Rede die Notwendigkeit der neuen Kaserne vor allem aus innenpolitischen Gründen heraus – im Zusammenhang mit dem Kärnt-

## Das zweisprachige Gebiet und die Geltungsbereiche der Amtssprache und Ortstafelregelung



Die Karte zeigt, daß die neuen Regelungen nur für weniger als die Hälfte des zweisprachigen Gebietes gelten.

### Slowenische Ortsnamen amtlich verfälscht

Vor kurzem hat der Hauptausschuß des Nationalrats unter anderem auch die Verordnung über die „slowenischen“ Bezeichnungen jener Orte genehmigt, wo zweisprachige Aufschriften angebracht werden sollen. Im Gesetz heißt es dazu, daß dabei „auf die örtliche Übung und auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung Bedacht zu nehmen“ ist. Dies bedeutet praktisch, daß für „dorf“ konsequent der slowenische Dialektausdruck „ves“ an Stelle des schriftslowenischen „vas“ verwendet wird.

Es ist lehrreich, sich die „wissenschaftliche Forschung“ näher anzusehen, auf die so gewissenhaft „Bedacht genommen“ wurde. Es ist das jene Sorte von Forschung, die im „Kärntner Landesarchiv“ betrieben wird von den Herren Neumann (Direktor) und Ogris. Diese Herren stützen sich dabei u.a. auf das „Kärntner Ortsnamenbuch“ von Dr. Eberhard Kranzmayer, der in der Nazi-Zeit Leiter des „Instituts für Kärntner Landesforschung“ in Blud (Veldes) war. Dieses Institut sollte mit „wissenschaftlicher Gründlichkeit“ die Germanisierung Südkärntens und Oberkärntens durchführen, denn neben das Schwert mußte man auch noch die Wissenschaft stellen, um den Erfolg herbeizuführen (so im Jahr 1941 Dr. Starzacher, Stabschef des damaligen „Amtes zur Festigung des deutschen Volkstums“ in Blud).

Wen wundert es, wenn die Bourgeoisie heute neben der Einengung der Rechte der Slowenen auf 1/6 des zweisprachigen Gebietes auch wieder die „Wissenschaft“ stellt, um zu „beweisen“, daß es in Kärnten eigentlich keine slowenische Hochsprache, höchstens einige Slowenen gibt, die komische Mundarten sprechen, für die es aber eigentlich nur eine Hochsprache gibt – das Deutsche.

75

ner Minderheitenproblem. Um der Bevölkerung Schrecken und Angst einzujagen, wies er noch auf ein wachsendes „Angstgefühl der deutschen (!) Mehrheit Kärntens“ hin. Der Vorschlag des Kasernenneubaus, der von Bundesheervertretern als überflüssig zurückgewiesen wurde, dient wie die ganze Rede vor allem der Aufheizung des chauvinistischen Klimas und der Einschüchterung der Kärntner Slowenen. Außerdem dient er der Festigung der alten chauvinistischen Lüge von den von außen gelenkten Unruhestiftern.

Die Kärntner FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten“ kennzeichnet treffend die neue Amtssprachenregelung, wenn sie schreibt:

### Was bedeutet das Dolmetschprinzip?

Die FPÖ hat in langen Verhandlungen erreicht, daß nach dem Volksgruppengesetz Slowenisch neben der deutschen Amtssprache als Dolmetschersprache zulässig ist. Die Einstellung zusätzlicher doppel-sprachiger „Beamter“ wird dadurch unnötig.

Ein Beispiel: Jemand ist in einer Gemeinde, für die die Amtssprachenregelung gilt, zu einer Bauverhandlung geladen. Will er bei dieser Bauverhandlung die slowenische Sprache neben der deutschen Amtssprache anwenden, muß er dies rechtzeitig – also vorher – der Behörde bekanntgeben, oder eine Eingabe in slowenischer Sprache abfassen. Die Behörde wird dann einen Dolmetscher zur Verfügung stellen. (§ 13 VVG) Gleiches gilt für die Bezirkshauptmannschaften (= Bezirksverwaltungsbehörden). Kommt es dort zu einer mündlichen Verhandlung, muß die Verwendung der slowenischen Sprache neben der deutschen Amtssprache, z. B. in einer gewerblichen Angelegenheit, ebenfalls vorher beantragt werden oder eine schriftliche Eingabe in Slowenisch verfaßt werden. Erst dann ist die Behörde verpflichtet, einen Dolmetscher beizuziehen.

### Prozesse gegen slowenische Aktivisten

Während die Hauptprozesse gegen die slowenischen Aktivisten aus Selc/Zell und gegen F. Warasch noch hinausgezögert werden, wurde M. Porc, ein anderer junger Slowene, wegen verurteilter Sachbeschädigung bereits verurteilt. Das Bezirksgericht in Klagenfurt verurteilte ihn wegen der slowenischen Beschriftung eines Bahnhofes zu \$ 1.000,- Geldstrafe. Er legte aber Berufung ein.

Für den Prozess gegen F. Warasch und gegen die vier jungen Leute aus Selc/Zell wird eine Verlegung des Prozesses außerhalb des Gerichtssprengels Graz (dazu gehört auch Klagenfurt) angestrebt. Da diese Anträge vom Obersten Gerichtshof in Wien behandelt werden müssen, werden die Prozesse nicht vor Herbst dieses Jahres stattfinden. Bezüglich des Prozesses gegen F. Warasch häufen sich Hinweise und Artikel über die Unglaubwürdigkeit des Hauptzeugen der Anklage, Güthier. Das jetzt vorliegende Material läßt die Konstruiertheit der Anklage gegen Warasch immer deutlicher werden.

Zur Anklage gegen die vier jungen Slowenen haben sich die slowenischen Organisationen klar geäußert. Jüngst schrieb die Zeitung „Nas Tednik“: „Die Beschuldigten wollten nichts anderes, als ihrem Volk einen guten und notwendigen Dienst erweisen und es vor einem drohenden bedeutenden Nachteil bewahren.“











## 11. Gewerkschaftstag:

# Die Metall- und Bergarbeiter sollen auf die Unterstützung der Regierungspolitik vergattert werden

Vom 23. - 25. Mai 1977 hat der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter stattgefunden. Von Seiten der bürgerlichen Presse sind vor allem die Übergabe des Vorsitzes von Benya an Sekanina, die Namensänderung auf Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und die damit in Zusammenhang stehende Debatte über das Industriegruppenprinzip (= die Organisation der Gewerkschaften nach Branchen, nicht nach der sozialrechtlich unterschiedlichen Stellung von Arbeitern und Angestellten) hervorgehoben worden. Aufgefallen ist, daß selbst von der Zeitung der Industriellenvereinigung „Die Presse“ nicht einmal eine einzige kritische Silbe zum Gewerkschaftstag und dem dort beschlossenen Forderungskatalog gefallen ist. Obwohl dieser – von der Paritätischen Mitbestimmung bis zur Herabsetzung des Pensionsalters von 60 auf 55 Jahre – Forderungen enthält, die

wohl kaum nach dem Geschmack des Kapitalistenverbandes sind. Schließlich hat sich sogar die Regierung massiv eingestellt – von Androsch (in Vertretung des Bundeskanzlers) bis zu Lütgendorf. Und sie hat keineswegs befürchten müssen, wegen des Steuerdrucks, der auf den Massen lastet, wegen der Anhebung der Arbeitslosenunterstützung usw. unter Beschuß zu kommen (obwohl auch zu diesen Fragen Anträge vorlagen).

Denn Benya, Sekanina und ihre SP-Gefolgsleute hatten den Gewerkschaftstag in ganz anderem Sinn und zu einem ganz anderen Zweck vorbereitet. Wenn schon nicht zu vermeiden war, daß in zahlreichen Anträgen auf Probleme geantwortet werden mußte, die tatsächlich in den Belegschaften der Metall-, Bergbau-, Elektrizitäts- und Erdölbetriebe eine Rolle spielen und deren dem Staat und der Kapitalistenklasse entgegenstehenden Interessen sichtbar werden lassen (neben den bereits erwähnten Anträgen sind noch die Forderungen nach personeller Verstärkung der Arbeitsinspektorate, Erhöhung des Kfz-Pauschales, Einspruchsrecht der Betriebsräte bei Überstunden, Verbesserung der Entgeltfortzahlung usw. behandelt worden), so sollte doch der Gewerkschaftstag mit seinem ganzen Echo in der öffentlichen Meinung und mit seiner Rückwirkung auf die Betriebe einem anderen Ziel dienen: Angesichts der keineswegs günstigen Lage der kapitalistischen Wirtschaft und der Staatsfinanzen und angesichts der Abnützungserscheinungen der SPÖ-Regierung sollte die stärkste Arbeitergewerkschaft auf die Unterordnung unter die Erfordernisse der krisenhaften Entwicklung in den Metallbranchen und auf die Hinnahme und Verteidigung der Regierungspolitik festgelegt werden.

## „Wirtschaftspolitik“ als Aufgabe der Gewerkschaften

Was der neue Vorsitzende Sekanina als Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre sieht, hatte er schon vor dem Gewerkschaftstag gegenüber der AZ geäußert: „Es geht ... nicht darum, den Kollektivvertrag und das Arbeiterrecht auswendig zu lernen, wir brauchen Spezialisten für Bilanzen, für Investitions- und betriebliche Strukturpolitik“. (18.5.77)

Ergänzt und untermauert wurden diese Ansichten durch vorliegende Anträge, die eine Entlohnung der Betriebsräte durch die Kapitalisten und Aufsichtsratsentschädigungen für Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat forderten. Reaktionäre Anträge, insofern als sie unweigerlich eine verstärkte Abhängigkeit und Bindung der Belegschaftsvertreter an den Kapitalisten nach sich ziehen und deren Eingliederung in die kapitalistische Betriebsführung fördern.

Daß die sozialdemokratische Führungsspitze den ÖGB und die Einzelgewerkschaften schon lange und insbesondere während der Krisenjahre nach dem Prinzip der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Arbeiterinteressen lenkten und einsetzten, mußte am Gewerkschaftstag massiv verteidigt werden. Schon auf den Landeskonferenzen war kein Auftritt der Hauptredner Benya, Sekanina und Wille (Zentralsekretär) vorübergegangen ohne Hochjubeln der Erfolge der Regierungspolitik gegen die Krise und ohne massivem Bekenntnis zu dem Preis, den die Arbeiterklasse dafür zu bezahlen hatte. Am Kongreß selbst wurde diese Linie fortgesetzt. Benya verstieg sich dabei sogar so weit, die Jahre 1975 und 76 als Jahre der Vollbeschäftigung auszugeben (trotz bis zu 100.000 Arbeitslosen), die Tatsache der Abnahme der Beschäftigten

im Organisationsbereich der Metallarbeiter-Gewerkschaft selbst, um 20.000, wurde nur im Organisationsbericht erwähnt (zur Erklärung der geringfügigen Mitgliederabnahme). Für diese „Erfolge“ wurde „Realismus“, „unpopuläre Maßnahmen“ und ein umfassendes „Maßhalten“ gerechtfertigt und auch für die weitere Zukunft als Leitlinie der Gewerkschaftspolitik verordnet. Peinlich vermieden wurde, diesen Preis beim Namen zu nennen, die der Arbeiterklasse für die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft weiterausbeuten zu lassen und dadurch ihr Leben zu fristen, abverlangt wurde und wird: Zunahme der Überstundenschinderei bei stagnierenden und auf kaltem Weg („natürlicher Abgang“) gesenkten Belegschaftszahlen, Zwang zur Schichtarbeit, massive Rationalisierungen, Umstrukturierungen und Versetzungen mit Lohnverlusten, Reallohnabbau, sinkende Lebenserwartung usw. Es wirkt geradezu makaber, dem „mutigen Bekenntnis zum Maßhalten“ Sekaninas den Antrag auf Herabsetzung des Pensionsalters für Arbeiter mit gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen gegenüberzustellen, der zeigt, wieviel Blutsaugerei und menschliches Leid sich hinter diesem „mutigen Bekenntnis“ in Wirklichkeit verbirgt: Eine Herabsetzung des Pensionsalters für Schweißer, Monteure, Schichtarbeiter u.ä. Berufe wäre zweifellos notwendig angesichts der Tatsache, daß diese bekanntlich im Durchschnitt bereits zwischen dem 50. und 55. Lebensjahr sterben ...

## Steuerausplünderung und Energiepolitik gerechtfertigt

Nicht nur ein Ja zur bisherigen Steigerung der Ausbeutung soll von den Metallarbeitern verlangt werden. Sekanina hat bereits davon gesprochen, daß weiterhin ein „harter Weg“ bevorsteht. Sein Parteifreund Androsch hat sich vor einigen Wochen in dieser Richtung schon deutlicher ausgedrückt, als er mit seinen Vorschlägen nach gleitender Arbeitswoche u.ä. heraustrückte. Kein Wort ist am Gewerkschaftstag dagegen gefallen.

Doch damit nicht genug. Auch die Finanzierung des bürgerlichen Staates über die Massensteuern soll ungebrochen weitergehen. Dabei herrscht gerade unter den Metallarbeitern, die zu den besser verdienenden Branchen gehören, obwohl in den letzten Jahren eine größere Lohnsteigerung hauptsächlich nur mehr durch Verlängerung des Arbeitstages und verschärften Akkord zu erreichen war, ungeheurer Unmut über die Lohnsteuer. Auch in dieser Frage ziehen sich, angefangen von den Landeskonferenzen bis zum Gewerkschaftstag, die eindeutigen Stellungnahmen der führenden Sozialdemokraten durch – gegen jegliche Verminderung der Steuerbelastung bis auf weiteres (wahrscheinlich kurz vor den Wahlen).

Wen wundert es noch, daß auch in der Frage der Energiepolitik vom VOEST-Zentralbetriebsratsobmann Brauneis über Arbeiterkammer-Präsident Czettel bis zu Zentralsekretär Wille auch in der Frage der Kernenergie kompromißlos der Standpunkt von Regierung und Kapital eingenommen und propagiert wurde.

## Statt Industriegruppenprinzip – Unterstützung für Sekaninas Karriere

In keiner einzigen Frage ist von Sekanina & Co. irgendetwas für die Interessen der Arbeiterklasse zu erwarten. Sie können höchstens gezwungen werden, bestimmte Probleme aufzugreifen. Wenn sie das tun, tun sie es wie jeder andere bürgerliche Politiker. Ungezählt sind die Äußerungen für

die Vollbeschäftigung, gegen Arbeitslosigkeit. Doch kein einziger hat auf die schwerwiegenden Folgen für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Existenz der Arbeiterfamilie o.ä. Bezug genommen. „Arbeitslosigkeit ist eine große Gefahr für die Demokratie“, hat Sekanina gesagt und deswegen ist er und seinesgleichen gegen eine „zu große“ Arbeitslosigkeit.

Viel ist rund um den Gewerkschaftstag auch vom Industriegruppenprinzip die Rede gewesen. Doch Benya hat in einem AZ-Interview klargestellt, worum es wirklich geht: Zwar sollen Kollegen, die weiterhin die gleiche Tätigkeit ausüben, aber ins Angestelltenverhältnis übernommen werden, ab jetzt Mitglied der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie bleiben, doch: Man muß „vernünftige Grenzen“ dafür finden, das „Industriegruppenprinzip steht in unserem Statut, aber in 32 Jahren hat es sich nun eingelebt, daß es Betriebe gibt, in denen zwei Gewerkschaften vertreten sind“ (24.5.77). In jedem Betrieb sind Arbeiter und Angestellte getrennt gewerkschaftlich organisiert, und so soll es auch bleiben. Nur soll die Angestelltengewerkschaft nicht zu stark werden, damit Sekanina für den ÖGB-Präsidenten bessere Chancen als Dallinger hat. Es ist traurig, aber es ist so: Nicht die Einheit und Geschlossenheit der ganzen Branche – ob Arbeiter oder Angestellter – gegen die Kapitalisten soll gefördert werden, sondern dem prinzipienlosen Karriereismus eines bürgerlichen Politikers vom Schlage eines Sekanina soll Schützenhilfe gegen werden – nach solchen Gesichtspunkten diktieren die sozialdemokratischen Führungsspitzen den Gewerkschaften ihr Organisationskonzept.

## Der Gewerkschaftstag hat nichts entschieden

Von seiner ganzen Anlage her, von der ganzen Zusammensetzung konnte der Gewerkschaftstag nichts entscheiden: Die sozialdemokratischen Spitzen des Staates und des Kapitals (v.a. der Verstaatlichten Industrie) haben versucht, 379 stimmberechtigte Delegierte (etwa 1 pro 750 gewerkschaftliche organisierten Metallarbeitern) auf ihre Politik zu vergattern. Die Mehrzahl dieser Delegierten ist vielfältig verbandelt und abhängig von diesen Spitzen.

Deswegen ist von diesem Kongreß weder im positiven noch im negativen Sinn etwas als entschieden zu betrachten. Die Forderungen aus den Betrieben, die sich in einzelnen Anträgen niedergeschlagen haben, werden im Zentralvorstand bis zum nächsten Gewerkschaftstag verschwinden oder nur mehr arg verstümmelt in die tatsächliche Gewerkschaftspolitik eingehen – wenn nicht der Druck und die bewußte Einflußnahme aus den Betrieben verstärkt wird. Die Vergatterung der Gewerkschaft auf die SP-Regierungspolitik ist bis jetzt nur Papier. Ob sie in den Betrieben greift, das ist die entscheidende Frage und hier liegen unsere Aufgaben. Die Entscheidung eines Brauneis, der seit den 50er Jahren vom Geschäft der Gängelung der VOEST-Arbeiterschaft lebt, war vorauszusagen. Daß die Metall-, Bergbau-, Elektrizitäts- und Erdölarbeiter zum praktischen Kampf gegen die Kapitalisten um ihren Lohn und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen antreten und in den wachsenden Auseinandersetzungen des Volks gegen den bürgerlichen Staat die ihnen zukommende Rolle übernehmen, ist durch diese Entscheidung keineswegs zu verhindern.

## Funder/Kärnten: Ein Beispiel für „gleitende Arbeitswoche“

Schon vor einigen Jahren zeigte sich den Kollegen bei Funder, St. Veit, für wen das „gleitende Wochenende“ seine Vorteile hat. Zunächst ordneten die Kapitalisten generell Samstag-Sonntag-Arbeit an, weil möglichst rasch produziert werden mußte. Bei der Einführung hat sich damals die Schicht beim Imprägnierkanal geweigert, am Wochenende zu arbeiten. Daraufhin hat der Herr Betriebsleiter Wagner folgende Regelung eingeführt: Diese Leute haben Montag/Dienstag frei gekriegt, dafür haben sie Samstag/Sonntag arbeiten müssen, drei Wochen lang. Sie hatten also ein „gleitendes Wochenende“. Weil es für den kapitalistischen Produktionsablauf vorteilhaft war, konnten die Arbeiter ihr Wochenende nicht gemeinsam mit ihrer Familie verbringen. Montag-/Dienstag kriegten sie frei, damit sie eher auf den Feiertagszuschlag verzichten. Denn auf die Bescherde und Anfrage von Kollegen, daß ja eigentlich für Samstag/Sonntag die Zuschläge von 50 bzw. 100% gezahlt werden müßten, stritt dies der Betriebsleiter ab – und der damalige Betriebsrat hat die Aussage vom Betriebsleiter bestätigt.

Nicht genug damit, daß die Kapitalisten das freie Wochenende gestrichen hatten, verfügten sie nach drei Wochen Zwangsurlaub. Es war schon so viel produziert worden, daß die zusätzliche Schicht nicht mehr nötig war. Um auch bei künftigen Aufträgen klaglos Wochenendarbeit anordnen zu können, hoben sie die erste Regelung nicht auf, sondern verfügten folgendes: Montag-/Dienstag frei, Mittwoch bis Freitag wird gearbeitet und Samstag/Sonntag ist „Zwangsurlaub“. Genauso wie damals für die Funder-Kollegen soll es nach dem Androsch-Vorschlag für alle Lohnabhängigen ausschauen: Das „gleitende Wochenende“ soll unsere Arbeitskraft jederzeit für die Kapitalisten verfügbar machen und die gesamte Lebenszeit des Arbeiters vollständig dem Rhythmus der Profitproduktion unterordnen.

a.f./Kärnten





## Nordeuropa: Brennpunkt im Kampf der Supermächte

### US und SU-Manöver: Supermächte proben den Krieg um Europa



Die Sowjetunion veranstaltete im April 1975 ein Flottenmanöver, das die Abschnürung Europas und die Einkreisung Norwegens probte.

Die US-Flotte führte im September 1976 das Manöver „TEAMWORK“ durch, bei dem Norwegen der Sozialimperialistischen Besetzung überlassen wird und die militärische Sicherung Zentraleuropas verfolgt wird.

### „Man muß die Ketten zerschmettern, in die die Supermächte die Völker Europas legen wollen“

So wie in Helsinki, so ist auch in Belgrad bei der Fortsetzung der KSZE-Konferenz die Sozialistische Volksrepublik Albanien nicht vertreten. Wir drucken im folgenden Stellungnahmen des Organs der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens, Zeri i Popullit, zur Helsinki-Konferenz aus dem Jahr 1975 ab. Die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) nimmt an der Konferenz nicht teil, weil sie es ablehnt, eine Atmosphäre der „Entspannung“ in Europa und der Welt, die die beiden Supermächte mit der Konferenz schaffen wollen, zu fördern. Mit ihrer Haltung, die sich gegen jede Aussonderung mit der imperialistischen Aggression richtet, ist die PAA ein Vorbild für alle Völker und Kräfte, die entschlossen sind, gegen den drohenden Krieg und für den Frieden zu kämpfen. (Übersetzungen aus „Albanien heute“, Nr. 3 und 5/1975).

#### Die Haltung der Partei der Arbeit Albaniens zur KSZE

„Durch diese Konferenz wollen die beiden Supermächte ihre Politik der politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Aggression in Europa legalisieren.“

Unter für sie ungünstigen Bedingungen versuchen die imperialistischen Supermächte zu manövrieren.

Sie wollen zeigen, daß sie stark und mächtig sind, daß sie es sind, die das Schicksal der Welt bestimmen können und müssen. Das wollen sie auch durch die Konferenz der „europäischen Sicherheit“ erreichen. Dort wollen sie ihre Demagogie aufbauen, um gefährliche pazifistische Illusionen zu säen, um den Geist der Gleichgültigkeit zu verbreiten und die Wachsamkeit der europäischen Völker zu schwächen.

Vom Gesichtspunkt der Interessen der europäischen Länder aus gesehen, ist diese Konferenz über die „europäische Sicher-

heit“ im wesentlichen schon längst gescheitert. Diese Konferenz, die von beiden Supermächten mit großem Aufsehen und demagogischen Versprechungen begonnen wurde, hat sich jetzt auch formal, wie zu erwarten war, in eine verrufene diplomatische Machenschaft verwandelt. Das Leben hat sehr gut bewiesen, wie richtig die Warnungen der Volksrepublik Albanien waren, daß diese Konferenz in Wirklichkeit niemals eine Konferenz zwischen den Ländern Europas sein würde, sondern eine Konferenz zwischen den beiden imperialistischen Supermächten und ihren aggressiven Blöcken, der NATO und dem Warschauer Pakt, daß sie niemals als ein Forum dienen werde, auf dem die europäischen Staaten die Möglichkeiten haben könnten, ihre Ansichten vollkommen frei und gleichberechtigt zu äußern und daß die Länder Europas von den beiden Super-

Für den Fall eines unmittelbaren militärischen Kräftemessens zwischen den beiden Supermächten im Kampf um die Herrschaft über Europa wird einer der Brennpunkte die Nordflanke Europas sein. Die Sowjetunion hat in der Nähe von Murmansk den größten Flottenstützpunkt der Welt errichtet. Auf der Halbinsel Kola stehen 100.000 sowjetische Soldaten marschbereit; darüber hinaus sind dort 300 bis 400 Kampfeinheiten und Marineteilungen stationiert. Der US-Imperialismus und die NATO lassen ständig starke Flottenverbände im Nordmeer kreuzen; Truppenstationierungen der NATO haben die norwegischen Volksmassen auf ihrem Boden nicht zugelassen.

Die Manöverübungen der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke zeigen am besten den Charakter ihres Ringens und ihrer Kriegsvorbereitungen um Norduropa.

Die neuen Zaren aus der Sowjetunion veranstalteten im April 1975 mit den Warschauer-Pakt-Mächten das Manöver OKEAN 75, das sich vor allem durch die präzise und weltumspannende Planung auszeichnete. Kernstück war eine „Zangengriff-Übung“, die um Norwegen und um ganz Europa herum stattfand.

Die von Murmansk auslaufende Kriegsflotte stationierte ihre verschiedenen Einheiten quer über das Nordmeer und den Nordatlantik. Ein Schiff der Ostseeflotte lief Oresund an und blockierte den Skagerrak und die Nordsee. Schiffe der Nordseeflotte bezogen Stellungen entlang der norwegischen Küste.

Aus dem Schwarzen Meer durchquerte eine Flotte den Bosphorus und das Mittelmeer und lief in den Atlantik aus, wodurch Europa vom Süden und Südwesten umzingelt war. Um der zu erwartenden US-Marine den Zugang zu Westeuropa abzuschneiden, ging die sowjetische Flotte schließlich weit draußen im Atlantik vor Anker.

Die vollständige Blockierung der Seewege wurde unterstützt durch entsprechende Manöver der Luftwaffe.

Gleichzeitig marschierten große Trup-

peneinheiten gegen Zentraleuropa. Und auf Kola übten die sowjetischen Marineinfanteristen die Invasion in Norwegen.

Bei dem NATO-Manöver „Teamwork“, das im September 1976 stattfand, beteiligten sich über 250.000 Mann, 1.500 Schiffe und 400 Flugzeuge. Es war das bisher größte dieser Art. Im Vergleich zu früheren Manövern wies es eine wichtige Änderung in der Annahme des „Gegenschlags bei erfolgter Aggression“ auf: Die über den Atlantik kommende (US-)Flotte fuhr nicht Nordnorwegen an, sondern hatte Trondheim im Süden des Landes zum Ziel. Die NATO-Strategen denken also nicht daran, Norwegen gegen die Sozialimperialisten zu „Hilfe“ zu kommen, sondern gehen davon aus, den Gegner in Norwegen bloß aufzuhalten, um sich selbst den „seitlichen Brocken“ – Zentraleuropa mit seinen Industriegebieten – zu sichern. Um die Sozialimperialisten im Norden abzublocken, überlegen sie den Einsatz von Atomwaffen.

Die Sowjetunion ist vor allem für einen raschen Angriff gerüstet. Zu diesem Zweck braucht sie auch die große Zahl von Langstreckenraketen (1.527) gegenüber denen der USA (1.054). Von den insgesamt 170 Divisionen Landtruppen, über die die Sozialimperialisten befehlen, stehen etwa 100 in Europa: 64 davon im europäischen Teil der Sowjetunion, 31 sind in der DDR, der Rest in Ungarn und der CSSR stationiert.

Die US-Imperialisten haben etwa 200.000 Mann in Europa stehen, 195.000 in der BRD und in Westberlin. Auch Großbritannien, Frankreich und die Niederlande haben Truppen in der BRD. Neben den Stützpunkten in der BRD haben die USA noch einen Luftwaffenstützpunkt in Spanien, ihre 6. Flotte liegt im Mittelmeer mit Neapel als „Heimathafen“. Eine US-Flotte befindet sich im nordwestlichen Atlantik, eine weitere im Stillen Ozean (Angaben nach Institut für Strategische Studien, London).

nach „Klassenkämpfen“, Zentralorgan der AKP(ML) Norwegen

mächten immer vor vollendete Tatsachen gestellt und ihrem Druck ausgesetzt sein würden, das zu billigen, was vorher in Moskau und Washington ausgehandelt worden ist.“

#### Friede und Sicherheit in Europa können kein Geschenk der Supermächte sein.

„Die wirkliche Entspannung, das Bannen der Kriegsgefahr, können nicht durch Illusionen und Hoffnungen erlangt werden, die auf der „Vernunft“ und dem „Realismus“ der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten beruhen. Dieses Ziel können nur die Völker selbst erreichen, wenn sie die Expansions- und Hegemoniepolitik der Supermächte bekämpfen, ihre diplomatischen Schwindelmanöver entlarven und durchkreuzen, die von ihnen verbreitete falsche Friedenspsychose vereiteln, den Willen zur Verteidigung der Freiheit und der nationalen Würde der unabhängigen Völker und Staaten verstärken und vor allem den revolutionären Geist und die internationale Solidarität des Proletariats und der Werktätigen aller Welt festigen.“

In seiner Rede vor den Wählern am 3. Oktober vorigen Jahres sagte Genosse Enver Hoxha:

„Worin liegt die Sicherheit der Völker Europas oder der Völker der Welt? In den

offenen oder geheimnisvollen Reisen, die ein gewisser Kissinger oder ein gewisser Gromyko unternimmt, oder in den Schachereien eines Breschnew, der das Blut des Sowjetvolkes und anderer Völker fließen läßt, in den Reisen eines Nixon, der die Welt in Blut erstickt und die amerikanische Mafia in dem äußerst schändlichen, ganz Amerika erschütternden Watergate-Skandal anführt? Ihnen soll man es überlassen, die Zukunft der Welt zu sichern? Das wäre eine schöne Zukunft! Wer natürlich tragischen Illusionisten glaubt, dem steht es frei, zu den Konferenzen von Wien, Helsinki oder sonstwohin zu gehen. Mögen sie miteinander palavern. Auch uns aber steht es frei, nicht zu diesen Konferenzen zu gehen, und wir gehen auch nicht hin. Auf diesen Beratungen und Konferenzen fehlen nicht nur wir, sondern auch die Völker. Das zählt für uns.“

Diese eindeutige Haltung unserer Partei, unserer Regierung und unseres Volkes zu der europäischen Sicherheit entspricht den hohen Interessen nicht nur Albaniens, sondern auch der Sache der Festigung des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Offen und aufrichtig haben wir darauf hingewiesen, daß sich die souveränen Staaten auf keinen Fall von den Plänen der Revisionisten ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, weil diese Pläne ihrer nationalen Souveränität und der Sicherheit der Völker schaden.“

## Große Erfolge beim Aufbau Kampuchreas

Seit über zwei Jahren ist Kambodscha in den Händen des kambodschanischen Volkes. Grund genug für die Imperialisten, die sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden wollen und darauf hoffen, daß sich das Rad der Geschichte zurückdreht, Schauermärchen über das Demokratische Kampuchea zu verbreiten. „Chaos“ solle in Kambodscha herrschen. Chaos herrscht für die Imperialisten überall dort, wo nicht eine kleine Minderheit von Ausbeutern die große Mehrheit unterdrückt, wo die Arbeiter und Bauern selbst das Land regieren und nach den Bedürfnissen des Volkes verwalten – nicht nach denen des Profits und der Imperialisten. Sogar das alte Märchen vom kinderfressenden Kommunismus – leicht abgewandelt zum Schlächter aller Intellektuellen und jedes Menschen der lesen und schreiben kann – haben sie ausgegraben um die Macht der Arbeiter und Bauern in Kambodscha zu verketzern. Zu

etwa ein Drittel des kultivierten Landes in Kampuchea bewässert werden.

Auch die Bewegung zur Produktion von natürlichem Dünger, zur Erneuerung und Erfindung im Bereich des Anbaus, haben das Aussehen des Landes komplett verändert. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in allen Dörfern Kambodschas errichtet wurden, erschließen immer mehr neues Land und steigern den Ertrag pro Einheit von Ernte zu Ernte. Auf ungefähr zwei Zehnteln der Reisfelder werden bereits zwei Ernten jährlich eingebracht.

### Entwicklung der Industrie zur Unterstützung der Landwirtschaft und für die Bedürfnisse der Volksmassen

Die revolutionäre Organisation von Kampuchea verfolgt das Prinzip, die Landwirtschaft als Grundlage des Wiederauf-

baus zu nehmen und die Entwicklung der Industrie zu fördern. Eine chinesische Journalistendelegation berichtet von ihrem Besuch bei einer Maschinenfabrik in Phnom Penh. Diese Fabrik ist ein mittelgroßer Betrieb mit einem Schmelzofen und mehreren Werkzeugmaschinen. Er produziert jetzt Pumpen und Sägen. Zu Beginn gab es nur ein paar Werkstätten, in denen alle Maschinen gesammelt wurden. Nun sind sie alle in Betrieb und die selbstgebaute Maschinen gehen in den Einsatz bei den Bauern.

Wir bemerkten den Enthusiasmus, mit dem die Maschinenarbeiter arbeiteten, und wir waren beeindruckt von den sauberlich aufgestellten und fertig zusammengesetzten Pumpen und Sägemaschinen verschiedenen Typs. Unsere Gastgeber erklärten uns: „Pumpen sind im Augenblick von großer Bedeutung und als das Siem-Reap-Gebiet neulich von einer großen Dürre betroffen war, lieferten wie die Pumpen in kurzer Zeit, so daß die Verluste so gering wie möglich waren.“

Großer Wert wird auch auf die Entwicklung der Kleinindustrie gelegt, um die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Durch das Ansteigen der Kleinindustrie wird auch ein Fonds für die Entwicklung der Schwerindustrie gebildet. Bis Mitte Dezember vorigen Jahres sind fast 200 Fabriken und Werkstätten instandgesetzt worden und haben die Produktion wieder aufgenommen.

„Eine neue Generation der kambodschanischen Arbeiter gewinnt in der Entwicklung der nationalen Industrie an Stärke. Die meisten von ihnen kommen aus der revolutionären Armee und sind der Revolution treu ergeben. Sie arbeiten bewußt und gewissenhaft und erhöhen ständig ihre Fertigkeiten.“ Um die Arbeiter zu schulen und sie zu ermutigen, durch ihre Arbeit zu lernen, hat die revolutionäre Organisation von Kampuchea überall im Land neue technische Schulen errichtet. Das Studium

wird hier mit der praktischen Anwendung verbunden.

Ieng Sary, der Stellvertretende Ministerpräsident für auswärtige Angelegenheiten, sagte auf einer Neujahrsansprache: „Die ersten Resultate dieser großen, starken und feurigen Massenbewegungen bekräftigen unseren Glauben in die ausgezeichnete Zukunft unseres Volkes und unserer Nation.“

M.H.

## Neue Verdienste der revolutionären Armee

Im Dezember 1976 besuchte eine chinesische Journalistendelegation das Demokratische Kampuchea. Wir drucken im folgenden einen Bericht eines Mitglieds dieser Delegation ab, der in der „Peking Rundschau“ 17/77 veröffentlicht wurde. Red.

Die revolutionäre Armee von Kampuchea ist eine in den Stürmen des Kampfes entstandene und herangewachsene Volksarmee. Sie hat sich im nationalen Befreiungskrieg große Verdienste erworben. Nach der Befreiung des ganzen Landes hat sie aktiv an der Verteidigung und dem Aufbau des Landes teilgenommen.

### Das Gewehr in der einen, die Hacke in der anderen Hand

Wir besuchten die in einer Vorstadt von Phnom Penh gelegene Farm einer Truppeneinheit der revolutionären Armee, die zum Schutze der Hauptstadt dort stationiert ist. Der für die Verteidigungsangelegenheiten verantwortliche stellvertretende Ministerpräsident Son Sen empfing uns und begleitete uns beim Besuch. Er sagte uns, die revolutionäre Organisation von Kampuchea hätte, damit die revolutionäre Armee den entschlossenen Standpunkt der werktätigen Massen beibehalte und sich nie von den Volksmassen entfernen werde, festgelegt, daß sie gemeinsam mit den Volksmassen an der Produktionsarbeit teilnehmen müsse und sich im Jahre 1976 selbst mit Getreide versorgen solle, um dem Volk nicht zur Last zu fallen. Er sagte weiter, daß die revolutionäre Armee sich jetzt, nach einem Jahr harter Arbeit, im großen und ganzen selbst mit Getreide versorge.

Wir besichtigten eine Pumpstation in der Farm. Vor einer mit Holzkohle betriebenen Wasserpumpe erklärten uns einige Kämpfer, daß diese Wasserpumpe aus folgenden drei Teilen bestehe: einem selbst gemachten einfachen Ofen, einer Reihe von Luftfiltern aus amerikanischen Bombenhüllen und einem aus einem zerstörten amerikanischen Kriegswagen ausgebauten Motor. Wir bewunderten diese Kämpfer sehr, die früher auf dem Schlachtfeld geschickt die Feinde töteten und heute an der Produktionsfront ihre Klugheit und Schöpferkraft weiter entfalten.

In der brennenden Sonne mähnten die Kämpfer auf den Reisfeldern. Sie gehörten zu einer Truppeneinheit aus dem Osten, aus der Provinz Svay Rieng. Im Krieg haben sie sich in der Region Svay Rieng immer wieder Verdienste erworben. In einem Gegenangriff gegen die eindringenden südvietnamesischen Marionettentruppen zerstörten sie 15 feindliche Panzer. Die eigen-

artigen Sichel, die die Kämpfer jetzt benutzen, haben sie in den Kampfpausen aus amerikanischen Kanonenkugelhüllen nach der althergebrachten Form der von den dortigen Bauern benutzten Sichel gefertigt. Bei der Befreiung von Phnom Penh brachten die Truppen die Sichel mit. Dies machte uns klar, daß die revolutionäre Armee in den Kriegsjahren Kampfruppe und Produktionsruppe zugleich war. Die revolutionäre Armee war nicht nur in der Lage, den Krieg zu führen, sondern auch, unter den Massen zu arbeiten und half auch den Volksmassen beim Aufbau in den Stützpunktgebieten.

Dank der Anstrengungen des Volkes und der revolutionären Armee von Kampuchea hat Kampuchea jetzt nicht nur die Ernährungsfrage seines Volkes gelöst, sondern kann auch einen Teil seines Getreides exportieren.

### Der Revolution und dem Volk treu

Die Delegation besuchte den Stationierungsort einer Truppeneinheit. Ursprünglich war hier Dschungelgebiet. Jetzt stehen schöne Pfahlbauten an schattigen Plätzen, in der Umgebung liegen Gärten mit Ananas-, Orangen- und Bananenblumen sowie Süßkartoffeln, Manioks und anderen Kürbis- und Gemüsesorten. In einiger Ferne breiten sich Reisfelder vor unserem Blick aus, und einige Kämpfer sind mit der Urbarmachung von Land beschäftigt.

Wir lernten einen Kämpfer kennen, der während des Ereignisses „Mayaguez“ bei der Insel Tang tapfer gegen die amerikanischen Eindringlinge gekämpft hatte.

Er beschrieb uns ausführlich, wie am Vormittag des 15. Mai 1975 die USA Marine, Luftwaffe und Marineinfanterie formierten, um in Tung einzugreifen, und wie die Truppeneinheit für Küstenverteidigung einen mutigen Gegenangriff führte. In diesem Gefecht hatte die Küstenwacht über 30 Soldaten der US-Marineinfanterie außer Gefecht gesetzt und fünf Hubschrauber abgeschossen. Der Kämpfer versicherte uns mit Entschlossenheit: „Das Volk von Kampuchea hat die Unverletzlichkeit seines geheiligten Territoriums und seine Souveränität tapfer verteidigt und wird in der Zukunft einen entschlossenen Kampf zum Schutz dieser seiner Rechte führen, bis alle Aggressoren vernichtet sind.“

Die revolutionäre Armee von Kampuchea hält treu zur Revolution und zum Volk. Diese hohe Moral bewegte uns tief. Die Armee trägt in immer größerem Maße zur Verwandlung Kampuchreas in ein starkes Land bei.

(gekürzt)

## Kampuchea legt diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion still

Der letzte kambodschanische Diplomat verließ vor kurzem Moskau, damit ist die letzte diplomatische Verbindung zwischen dem Demokratischen Kampuchea und den neuen Zaren im Kreml abgebrochen. Das ist die klare Antwort der kambodschanischen Regierung auf die andauernden Versuche der Sozialimperialisten, im neuen Kambodscha Fuß zu fassen und sich an die Stelle der US-Imperialisten zu setzen.

In der letzten Zeit hatten sie z.B. die kambodschanische Regierung gedrängt, ihnen eine Liste von Industrieprojekten zu unterbreiten, bei deren Verwirklichung die So-

wjetunion „helfen“ könne. Daß die „brüderliche Hilfe“ der Sowjetunion aber nur zur Abhängigkeit und neuerlichen Ausplünderung führt, zeigt sich heute in vielen Ländern der Dritten Welt. Wie hinterhältig die Sozialimperialisten vorgehen, wenn sie in einer Region Einfluß gewinnen wollen, weiß gerade das Volk von Kambodscha sehr genau. Als es Phnom Penh befreite, vertrieb es mit den westlichen auch die Diplomaten der Sowjetunion, die bis zum Ende die verräterische Lon-Nol-Clique anerkannt und die königliche Regierung Kambodschas als „Exilregierung“ verhöhnt hatte.



Ein neues Bildungssystem der Verbindung von Theorie und Praxis ist eingeführt worden. Hier eine neue Polytechnische Schule in Phnom Penh, deren Schüler meist aus der Armee kommen.

Recht zittern sie davor, daß das Beispiel Schule machen könnte. Das kambodschanische Volk hat in den letzten zwei Jahren durch seine großartigen Erfolge bewiesen, was ein vom Joch des Imperialismus befreites Volk zuwege bringt, wenn es sich auf den revolutionären Geist der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft stützt.

Die US-Aggressoren ließen ein durch ihren Aggressionskrieg verwüstetes Land zurück. Fabriken und andere Unternehmen waren fast alle außer Betrieb, die Landwirtschaft war schwer beeinträchtigt. Millionen Menschen in Phnom Penh hungerten.

Was hat sich in diesen zwei Jahren, in denen die Arbeiter und Bauern das Land beherrschen, geändert?

### Die Selbstversorgung mit Getreide erreicht

Bereits nach einem Jahr konnte sich Kampuchea selbst mit Getreide versorgen. 1977 brachte eine neue Reisernte, die über die Selbstversorgung hinausging. Unter der Führung der revolutionären Organisation von Kampuchea kam es zu gewaltigen Anstrengungen, um diese Ernten zu erreichen. Große Massenbewegungen, besonders die Bewegung zur Kontrolle des Wassers, machten diese erst möglich. Überall im Land wurden Kanäle, Deiche, Reservoire und Staubecken errichtet. So arbeiteten zehntausende Menschen bei der Restauration und dem Neubau des Baray Tuk Rap Reservoirs am Rande der Stadt Siem Reap, das mit seiner Länge von 8 km und Breite von 2½ km 130 Mill. Kubikmeter Wasser faßt. Dieses Wasser wird über die Kanäle zu den großen Reis- oder Kornfeldern gebracht, die heute die zersplitterten Kleinpärzellen von damals ersetzen.

Die Parole lautet: „Verändert Berge und Flüsse Kampuchreas! Wasser bringt uns den Reis und Reis bringt uns alles! Seid die Herren des Wassers!“ Heute kann bereits



# „Viele können viel erreichen, das Atomprogramm muß weichen!“ Bericht vom Aufmarsch in Zwentendorf am 12. Juni 1977



Aus allen Teilen Österreichs, zum Teil schon am Abend vor dem Aufmarsch, kommen in Tulln die AKW-Gegner an. Wie auf dem rechten Bild die beiden Tullner, kommen viele Ortsansässige schon vor der Samstagabend-Kundgebung, um mit den AKW-Gegnern zu sprechen.



Die Kundgebung am Sonntag vormittag faßt nochmals die Ziele des Aufmarsches zusammen. So verbinden sich die tausenden Menschen aus ganz Österreich zu einem einheitlichen, geordneten Demonstrationzug.



Der Zentrale Informations- und Literaturstand des KB Österreichs, am Tullner Kundgebungsplatz (links). Die Menschen, die in der AKW-Frage in Bewegung kamen, zeigten ein reges Interesse an allen Publikationen des KB, den Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus und an den Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Ländern.



Der Demonstrationzug in der Tullner Innenstadt, er ist gegliedert nach Bundesländern, Landesteilen, Städten, Ortschaften. Besonders starke Abteilungen bilden die Tiroler, die Vorarlberger und die Waldviertler. Ein eigener Block aus dem Tullnerfeld bildet die Spitze des Zuges. Links die Musikkapelle der Vorarlberger.



Die Zwentendorfer Bevölkerung trägt mit ihrer Unterstützung viel zum Erfolg des Aufmarsches bei. Indem sie spontan die Demonstranten mit Wasser versorgt, können schlechte Bedingungen in gute verwandelt, kann die drückende Hitze besiegt werden.



Der kilometerlange Zug auf dem letzten Stück zwischen Zwentendorf und der AKW-Baustelle. Das untere Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Waldviertler Block.



Am Höhepunkt der Demonstration ziehen die AKW-Gegner am AKW-Zwentendorf vorbei. Es ist durch hohe Zäune nach allen Richtungen, sogar gegen das Donauufer abgesichert. Hinter den Zäunen stehen Gendarmerie-Posten, auf der Donau patrouillieren Polizei-boote. Für diesmal hat es der Staat jedoch vorgezogen, den Großteil seiner Schutztruppen vor den Massen versteckt zu halten.



Die Schlußkundgebung findet wieder in Zwentendorf statt, nachdem alle Demonstranten wieder eingelangt sind. In einer Resolution erklären die AKW-Gegner nochmals die Gründe für den Aufmarsch und umreißen die nächsten Ziele der Bewegung. Gut organisiert und geordnet treten die Demonstranten in kämpferischer Stimmung am Abend die Heimreise an.